

Inhalt:
UNO-Migrationspakt stoppen – sofort!

Titelseite

Brüssel – Hauptstadt der Spione?

Seite 2

Entwicklungshilfe in der Sackgasse

Südkoreanische Spionage

Seite 3

Selbstverteidigung = juristischer

Selbstmord

Seite 4

Leserbriefe

Seite 5

PIKOM-NEWS

Seite 6

Brief an Frau Bundesrätin Simonetta

Sommaruga

Seite 7

Kriminalkommissar aD Markus Melzl,

Basel, weiss wovon er spricht

Bald seltene «Deutsche in Deutschland»

Seite 8

Nr. 4/2018

PIKOM

PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE

INFO

UNO-Migrationspakt stoppen – sofort!



Bernhard Hess,
Alt Nationalrat,
Bern



Thomas Fuchs,
Alt Nationalrat,
Bern

Am 11. Dezember 2018 sollen die 193 Mitgliedsstaaten in der UNO-Vollversammlung in Marrakesch den «Globalen Pakt über sichere, geregelte und planmässige Migration» verabschieden. Das wäre der Startschuss für eine neue Völkerwanderung aus Asien und Afrika in Richtung Europa, befürchten immer mehr Regierungen.

Der sogenannte UN-Migrationspakt soll Anfang Dezember in Marokko von sämtlichen UNO-Mitgliedern feierlich unterzeichnet werden. Der bislang nur in englischer Sprache (<https://refugeesmigrants.un.org>) vorliegende UNO-Pakt ist eine Anhäufung von Phrasen, in denen die Menschlich-

keit, der Humanismus und die Verantwortung der UNO und ihrer Mitgliedsstaaten beschworen wird. Das Schriftstück enthält aber nicht nur schöne Worte, sondern auch höchst brisante Formulierungen, welche die Souveränität der Nationen und die Rechte der jeweils einheimischen Bürger gefährden und einschränken. Flucht, legale und illegale Migration sollen mit dem Pakt de facto gleichgestellt und das Phänomen Migration an sich zur modernen Ikone der «Menschlichkeit» gemacht werden. Die Folgen werden dramatisch sein.

Europas Selbstbetrug

Adressat des globalen Paktes ist die gesamte westliche Welt. Die entwickelten Länder sollen eine umfassende Verantwortung übernehmen, die gleichzeitig eine Knebelung der Regierungen darstellt, weil sie den Zuwanderern zwar klare Rechte, aber keine echten Pflichten zumisst. Kaum im Zielland angekommen, soll der Migrant dem Einheimischen in jeder Hinsicht zumindest gleichgestellt sein. Es wird zwar Grenzkontrollen geben dürfen, aber diese sind zahllos und eigentlich ohne Sinn, denn grundsätzlich sind Migranten aller Art nach dieser neuen UNO-Deklaration keine illegalen Einwanderer mehr, sondern besonders schützenswerte Menschen, die im Zielland einer speziellen Zuwendung und Versorgung bedürfen. Dabei sei etwa an den europäischen Selbstbetrug bei den «universellen Menschenrechten» erinnert, der in Ländern wie China, Nordkorea oder Kuba gänzlich anders definiert wird. Und die islamischen Staaten – der Hauptlieferant Europas von Migranten – haben in der Kairoer Erklärung 1990 festgeschrieben, dass das «Menschenrecht» über die Scharia definiert ist.

Zuwanderungskritik wird verboten

Sinngemäss wird in dem Pakt gefordert, dass die mediale Berichterstattung über die Migration positiv zu gestalten sei. Man kann zwischen den Zei-

Der UNO-Migrationspakt

- wurde von Institutionen ohne demokratische Legitimation initiiert, wie z.B. der UNO und Nichtregierungsorganisationen.
- benennt praktisch nur die Rechte der «Migranten» und die Pflichten der Zielländer.
- ist ein verstecktes Umsiedlungsprogramm für Wirtschafts- und Armutsflüchtlinge.
- ermöglicht allen künftigen Migranten den Zugang zum Sozialsystem, zu dessen Erbringung sie nichts beigetragen haben.
- statuiert eine Aufnahmepflicht für alle, die behaupten, Opfer des «Klimawandels» zu sein.
- bürdet den Zielländern sämtliche mit der Zuwanderung einhergehenden Kosten (z.B. Sozialleistungen, Beratungen, Schulungen jeglicher Art, sprachliche Übersetzungen, Rechtsmittel-Einlegung etc.).
- blendet die möglichen Gefahren für die innere Sicherheit durch Zuwandererkriminalität aus.
- klammert die Probleme bei der Integration von Menschen aus anderen Kulturkreisen aus.
- fordert auf, in den Medien über die Vorteile der Zuwanderung im Sinne einer «Bereicherung der Gesellschaft» zu berichten.
- wird zusätzliche Anreize für eine weiter ansteigende Zuwanderung in die Schweiz geben.

len der Deklaration herauslesen, dass Kritik an der Massenmigration pauschal als Diskriminierung und sogar als Hetze verstanden werden wird. Damit wird der Meinungsfreiheit der Bürger in den Zielländern von vornherein ein Riegel vorgeschoben, denn mit der Verifizierung des Paktes unterwerfen sich die Unterzeichner diesen Regeln. Das impliziert, dass kritische Stimmen unweigerlich Gefahr lau-



Bild zvg

fen, rechtliche Konsequenzen tragen zu müssen. Die UNO nimmt die Medien in die Pflicht. Diese müssten «in die Steuerung der Migration eingebunden werden» heisst es explizit im Pakt. Zwar wird betont, dass die Pressefreiheit geachtet werde. Aber Journalisten müssten «bezüglich Migrationsfragen und -begriffen sensibilisiert und aufgeklärt» werden. Der Pakt droht jenen Medien, die öffentliche Gelder erhalten (in der Schweiz wäre das die Medienabgabe, also die ehemalige Billag-Gebühr) mit dem Entzug dieser Gelder, falls sie systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gegenüber Migranten fördern». Das mag auf den ersten Blick durchaus harmlos klingen. Doch wer entscheidet abschliessend, was intolerant oder rassistisch genau bedeutet? Ist es schon fremdenfeindlich, wenn eine Zeitung die Herkunft eines Straftäters nennt?

Weltweite Personenfreizügigkeit

Der UNO-Pakt formuliert das generelle Ziel, die «Mobilität für Arbeitskräfte» zu erleichtern – dies konkret «durch internationale und bilaterale Kooperationsvereinbarungen, wie beispielsweise Freizügigkeitsregelungen, Visaliberalisierung oder Visa für mehrere Länder». Bis heute kennt die Schweiz

die volle Personenfreizügigkeit einzig für Arbeitskräfte aus der Europäischen Union. Zudem will der UNO-Pakt erreichen, dass die unterzeichnenden Staaten den Familiennachzug für Migranten «aller Qualifikationsniveaus» erleichtern. Dies «durch Massnahmen, die dem Familienleben Nachachtung verschaffen – auch «durch Neufassung geltender Vorschriften», etwa bezüglich Aufenthaltsdauer, Arbeitsgenehmigung und Zugang zu Sozialversicherungen.

Lobeshymne auf Migration

Die USA – der grösste Geldgeber der UNO – und Ungarn haben sich bereits im Juli aus den Verhandlungen verabschiedet. Auch die Regierungen in Australien, Österreich, Dänemark, Israel und in Polen sind auf Distanz zu dem Pakt gegangen. Er führe zu «illegaler Migration» und es gebe keine «Sicherheitsgarantien für Polen», sagte beispielsweise Innenminister Joachim Brudziński.

In die Kritiker des UNO-Migrationspaktes reihte sich auch die österreichische Bundesregierung ein. ÖVP und FPÖ seien sich «einig, den Pakt in der jetzigen Form nicht zu unterschreiben». Bundeskanzler Sebastian Kurz bestätigte, dass man «einige Punkte sehr kritisch» sehe: «Wir wollen alles tun, um die

Souveränität des Landes aufrechtzuerhalten und sicherzustellen, dass wir in Migrationsfragen selbst entscheiden können.».

In der Schweiz stimmte der Bundesrat zwar dafür, doch die Staatspolitische Kommission (SPK) des National- und Ständerates sprach sich erfreulicherweise kürzlich dafür aus, dass auch die Zustimmung des Parlaments eingeholt werden muss. SVP- und vereinzelte freisinnige Nationalräte kritisieren, dass der Migrationspakt Migration «verherrliche» und diese begünstigt, anstatt regeln wolle. Pikant ist zudem die Tatsache, dass der UNO-Migrationspakt weitgehend von der Handschrift eines Schweizerers geprägt ist: Jürg Lauber, Schweizer UNO-Botschafter mit Sitz in New York, brüstet sich damit, massgeblich am Zustandekommen dieses Paktes beteiligt gewesen zu sein.

Der UNO-Migrationspakt fördert nicht nur die unkontrollierte Zuwanderung, sondern unterdrückt auch das Recht auf freie Meinungsäusserung. Die überparteiliche Vereinigung PIKOM wird deshalb in den kommenden Wochen ihre Kontakte zu bürgerlichen Parteien und Parlamentariern spielen lassen, mit dem Ziel, dass der vorliegende schweizerfeindliche Migrationspakt niemals ratifiziert wird.

Brüssel – Hauptstadt der Spione?

Von Dr.iur. Friedrich-Wilhelm Schломann,
D-Königswinter/Bonn

Vor dem 1. Weltkrieg wurde als Zentrum der Schmuggler, Nachrichtenhändler und Saboteure allgemein Wien angegeben. Der Aufbau der deutschen Wehrmacht und die Kriegsausrüstung Hitlers blieben seltsamerweise den britischen und französischen Geheimdiensten grösstenteils unbekannt, zudem glaubten ihre Regierungen in London und Paris mehr der vorgetäuschten Friedenspropaganda aus Berlin. Während des 2. Weltkriegs benutzten etliche Staaten die Schweiz als Drehscheibe für den Austausch geheimer Informationen und ebensolcher Kontakte. Ab 1945 wurde die deutsche Hauptstadt angesichts der wachsenden Differenzen der Westmächte mit dem Sowjetblock sehr

schnell zum Zentrum der Spione, von der ebenfalls die Eidgenossenschaft keineswegs unberührt blieb. Mit dem Zusammenbruch der Sowjet-Diktatur ist es um das heimliche Auskundschaften von Staatsgeheimdiensten äusserlich stiller aber nicht viel weniger geworden. Die Methoden im Zeitalter eines Cyber-war haben sich in vieler Hinsicht geändert wie auch manches Ziel der Spionage.

Dass Brüssel inzwischen zur «Hauptstadt der Spione» wurde, ist in seinem Sitz einmal der NATO und im vielleicht noch grösseren Masse der Europäischen Union (EU) begründet. Manche wollen sogar die Intensität der ausländischen Spionage in Belgiens Metropole mit derjenigen in Berlin während der letzten DDR-Jahre vergleichen, was nicht unmöglich erscheint. Wenn die breite Öffentlichkeit auch vieles nicht erfährt, so wurde doch ein Lauschangriff

Bild pixabay.com



des US-Nachrichtendienstes vor Jahren auf EU-Einrichtungen bekannt. Mehr als einmal versuchte die CIA dabei deutsche Stellen für sich zu benutzen. Im Justus-Lipsius-Gebäude des Europarates entdeckte man «Wanzen», wie zu hören ist dürfte der israelische MOSSAD der Urheber sein. Offenes Geheimnis sind die recht häufigen Bestrebun-

gen russischer Hacker auf ihre Weise für Moskau wichtige Einrichtungen zu infiltrieren.

Mehr denn je möchten alle Regierungen möglichst schnell und umfassend über die Haltung Londons zur EU informiert sein. Auch Bern hat ein berechtigtes Interesse, die Ansichten der Brüsseler Behörden gegenüber der Eidgenossenschaft zu kennen. Die belgische Spionageabwehr, die aus der Résistance des 2. Weltkrieges entstand und stets gute Verbindungen zum britischen MI 6 hatte (ob das ebenfalls heutzutage noch gilt dürfte fraglich sein), konnte während der früheren Jahre sehr gute Erfolge gegen die damalige Maoisten-Bewegung in Europa erzielen, deren Zentrale in der belgischen Hauptstadt lag. Ihr Wissen über die «Gotteskrieger», die für Allah in Syrien kämpfen wollten, hielt sich hingegen in Grenzen. Andererseits konnte sie erst kürzlich ein Spreng-Attentat des iranischen Geheimdienstes auf ein Treffen von rund 100'000 iranischen Oppositionellen und Flüchtlingen in Frankreich verhindern. In jüngsten Jahren konnte die belgische Abwehr manche Spione, zumeist getarnt als Attaché an der Botschaft ihres Landes, ausweisen.

Indes, wie der belgische Spionage-Experte Kenneth Lasoen an der Universität Gent umlängst einräumte, ist der dortige Nachrichtendienst personell viel zu schwach besetzt. Nicht nur nach seinen Erkenntnissen müsste angesichts der heutigen Situation die Zahl seiner Mitarbeiter mindestens verdoppelt werden. So aber wird das Spiel um geheime Informationen über die EU und die NATO nicht ohne Erfolg weitergehen ...

Entwicklungshilfe in der Sackgasse



Von
Erich J. Hess
Nationalrat und
Grossrat,
3001 Bern BE

Unter den kapitalismuskritischen Linken gibt es nicht wenige, welche mehr Geld für die Entwicklungshilfe fordern. Das allein birgt bereits einen Widerspruch in sich. Gänzlich unreflektiert bleibt ihre Logik, dass «mehr» automatisch auch «besser» bedeute.

Dem liegt die Auffassung zu Grunde, dass entwicklungsbedürftige Regionen wie Afrika einer grossen Anschub-Finanzierung, eine Art «Marshall-Plan» bedürfen, um Anschluss an den Westen und die aufstrebenden Staaten Asiens zu erreichen. Äusserst populär ist dabei die Forderung, die Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Kritik an die bereits seit Jahrzehnten erbrachten Zahlungen in Milliardenhöhe werden arglos beiseitegeschoben, nicht zuletzt deshalb, weil der Westen wegen der Kolonialzeit in einer historischen Verantwortung gegenüber den afrikanischen Staaten sei. Dass die Schweiz über keine Kolonien verfügte, soll hier nur am Rande erwähnt sein. Auch wird seit Jahren gebetsmühlenartig wiederholt, dass Afrika wirtschaftliche Barrieren auferlegt werden, die den Aufschwung verhindern würden. Inzwischen sind aber die meisten Subventionen für Agrarexporte aus Europa nach Afrika abgeschafft worden. Ebenso können fast alle afrikanischen Staaten – aufgrund ihres Status als gering entwickeltes Land – fast alles zoll- und kontingentfrei nach Europa exportieren. Demgegenüber machen es sich viele afrikanische Staaten selber das Leben schwer, in dem sie Hilfslieferungen mit Zollbestimmungen und anderen bürokratischen Massnahmen unnötig blockieren oder Organisationen an der Hilfe vor Ort behindern.

Entwicklungshilfe wird mit grossem Engagement betrieben, doch hat sie bis heute kaum etwas verändert. Aufwand und Ertrag stehen in keinem Verhältnis. Nicht selten schadet sie mehr als sie nützt. Regierungen, deren Haushalt zu einem grossen Teil aus Hilfsgeldern bestehen, haben keinerlei Anreize, die Situation ihres Landes zu verbessern. Dies würde schlussendlich nur dazu führen, weniger aus dem Topf der Entwicklungshilfe zu erhalten. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Stillstand, welcher damit entsteht, verhindert den Aufbau eines Mittelstandes, der mit seinen Steuerbeiträgen den Staatshaushalt künftig finanzieren könnte. Entwicklungshilfe fördert vielmehr die Bildung von autoritären und korrupten Regimes, die so einzig ihren Geldgebern und nicht ihrer Bevölkerung Rechen-

schaft ablegen müssen. Für Regierungen ist Armut profitabel: Es ist einfacher, Hilfsgelder zu verlangen, als eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen.

Dass die gängige Entwicklungshilfe überdenkt werden muss, plädieren auch zunehmend afrikanische Persönlichkeiten. Eine bekannte Kritikerin ist die sambische Ökonomin Dambisa Moyo, welche schon 2009 in ihrem Buch «Dead Aid» aufzeigte, dass Länder ihre Entwicklung selber finanzieren müssen, statt sich auf Gelder der Entwicklungshilfe zu verlassen. Dies unterstrich zuletzt auch der ghanaische Präsident Nana Addo Dankwa Akufo-Addo am Rande einer Pressekonferenz mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron im Dezember 2017: «Wir können nicht länger eine Politik für unsere Länder und Regionen verfolgen, auf der Basis irgendeiner Unterstützung, die uns die westliche Welt, Frankreich oder die Europäische Union geben kann».

Die Bereitschaft, über neue und effizientere Formen die Entwicklungszusammenarbeit zu diskutieren,

ist bei der politischen Linke nicht vorhanden. Mit dem Bild des bösen Westens und dem armen Afrika läuft die Entwicklungshilfe-Maschinerie weiter. Und sie dient auch gleich als Begründung für die Aufnahme illegaler Wirtschaftsmigranten für die milliardenteure Asylindustrie. Übrigens: Die Schweiz hat allein im Jahr 2017 über 3 Milliarden Franken für die Entwicklungshilfe ausgegeben. Mit 0,46 Prozent des Bruttonationaleinkommens landet die Schweiz im internationalen Vergleich auf dem 8. Platz. Projekte von Privaten sind da noch nicht einmal berücksichtigt.

Quellen:

Liberales Institut: Auslaufmodell Entwicklungshilfe
<https://www.libinst.ch/?i=auslaufmodell-entwicklungshilfe>

EDA, Öffentliche Entwicklungshilfe in der Schweiz
https://www.eda.admin.ch/deza/de/home/aktivitaeten_projekte/zahlen_und_statistiken/schweiz-apd.html

Südkoreanische Spionage

Von Dr.iur. Friedrich-Wilhelm Schlomann,
D-Königswinter/Bonn

Der bereits im letzten Jahr neu eingesetzte Direktor des «Nationalen Nachrichtendienstes (NIS)» Südkoreas heisst Suh Hoon und kommt verständlicherweise aus der Welt der Spionage.

Erster stellvertretender Direktor ist Suh Dong-hu, der bisher Seouls Botschafter in Pakistan war. Seine Abteilung obliegt die Auswertung sämtlicher Nachrichten aus und über die «Demokratische Volksrepublik Korea», sei es durch direkte Spionage, Überläufer des Regimes oder die nicht wenigen Flüchtlinge aus dem Nordteil jener Halbinsel sowie Erkenntnisse von Reisenden. Ebenfalls wird jede Zeitung, jede Radio- und Fernsehsendung von dort genau nach interessanten Informationen untersucht. Vieles dürfte dabei über die koreanischen Minderheiten in China und Japan gehen.

Die zweite Abteilung wird von Kim Joon-hwan angeführt, der früher der Leiter eines regionalen NIS-Bereichs war. Seine Aufgabe besteht in der direkten Spionage gegen Nord-Korea und deren Botschaften im Ausland sowie generell gegen Terrorismus. Seine Erfolge in der Informationsbeschaffung sind für einen Aussenstehenden nicht leicht zu beurteilen: Jedenfalls muss er geheime Informanten in führenden Positionen Pjöngjangs haben, da er wiederholt Interna aus der dortigen Partei- und Regierungsspitze melden konnte, bevor sie offiziell in Nord-Korea bekanntgegeben wurden. Die Verluste seiner Helfershelfer im Norden sind schwer einzuschätzen, sie dürften nicht gering sein. Die Übermittlung der Spionage-Nachrichten scheint durch äusserst schnell ar-

beitende Mini-Funkgeräte zu erfolgen. Es gibt eine recht enge Zusammenarbeit mit dem ICA und, allerdings nur auf militärischem Gebiet, mit der japanischen Spionage.

Die dritte Abteilung untersteht Kim Sang-gyun, ein früherer Leiter einer NIS-Abteilung. Seine Mission ist die Bekämpfung des intensiven Cyber-war Nord-Koreas und wahrscheinlich ebenso die Durchführung entsprechender Gegenmassnahmen.

Bild pixabay.com



Selbstverteidigung = juristischer Selbstmord

Von Dr. rer. publ. HSG Roland Burkhard, Bern

Deine Wohnung wird gerade ausgeraubt oder deine Frau in deiner Gegenwart im Schlafzimmer vergewaltigt? Tue um Gottes Willen nichts dagegen, denn das Gesetz und die Justiz gibt dem Täter Recht.

Es ist ein Skandal. Denn der Nationalrat hat für solche Fälle zugunsten der Täter solcher Verbrechen entschieden. Er hat eine parlamentarische Initiative von Lorenzo Quadri (Lega/TI) mit 117 zu 70 Stimmen verworfen, die vorsah, dass man dagegen, d.h. zur notwehrmässigen Verteidigung gegen Eindringlinge in private Wohnräume, automatisch straflos etwas tun darf.

Theoretisch bleibt das sakrosankte Notwehrrecht zwar bestehen. Aber es gilt nur bedingt. Zwar dürfen Sie sich weiterhin beim Antreffen eines Täters in der eigenen Wohnung grundsätzlich «angemessen» verteidigen, aber aufgepasst! Denn Sie müssen danach gerichtlich beweisen können, dass Sie bei Ihrer Abwehr «in entschuldbarer Aufregung oder Bestürzung» gehandelt haben, denn sonst sind Sie strafbar und nicht etwa gar der Täter.

Nehmen wir doch ein konkretes Beispiel: Sie sind nachts in Ihrer Wohnung überraschend einem Eindringling gegenübergestellt, der im Begriffe ist, alles mögliche abzuservieren, oder gar daran ist, Ihre Frau zu vergewaltigen. Sie verteidigen sich, allenfalls mit einer Schusswaffe. Total falsch! Denn Sie hätten vor Anwendung jeglicher Gewalt gegen ihn, den Verbrecher, wohl vorerst in einem freundschaftlichen Gespräch davon überzeugen sollen, dass er nun wirklich Unrechtes tue.

Wenn Sie dem Verbrecher mit Ihrer Abwehr einen Schaden zugefügt haben sollten, kann das für Sie, wenn Sie Glück haben, möglicherweise im Ausnahmefall auch straffrei bleiben. Aber dann müssen Sie die Berechtigung Ihrer Abwehr vorerst zweifelsfrei gerichtlich beweisen. Denn irgend ein einheimischer Anwalt dieses zumeist ausländischen Straftäters wird gegen Sie klagen.

Konkret geht's dann wie folgt weiter: Ihr Bezirksgericht wird (wenn Sie Glück haben) Ihnen Recht geben. Das dann rund zwei Jahre später mit dem Fall betraute Kantonsgericht vielleicht auch. Das daraufhin angerufene Bundesgericht wird in konstanter Anwendung der EMRK-Praxis des Europäischen

Menschenrechtshofs Ihren Fall schon vorwegnehmend bedeutend mehr täterorientiert beurteilen, der Urteilsausgang ist unklar und zufallsbedingt. Und der danach angerufene Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wird befinden: Der fragliche Eindringling in Ihre Wohnung handelte aus einer verständlichen Zwangslage. Er musste selbstverständlich alles versuchen, sich fremdes Eigentum anzueignen, denn die Sozialbeiträge in der Schweiz reichen ihm und seinen 7 Kindern nicht. Dass er in der fraglichen Wohnung die im Bett liegende Frau vergewaltigt hat, muss ihm verziehen werden, da er seit fast einem Jahr keine seiner im Ausland lebenden Frauen via Familiennachzug in die Schweiz hat bringen dürfen und deshalb unter krassem Sexualenzug litt. Der Mann ist deshalb vollumfänglich freizusprechen. Es sind ihm Genugtuungs- und Prozessentschädigungen in Höhe von 75'000 Franken zuzusprechen.



Humor, Zukunft, Realität?

Was ist Ihre Meinung? Bitte Mail an pikom@pikom.ch

ES WAR IM JAHRE 2050

Die letzten Schweizer?

Ich wurde wach vom Ruf des Muezzins, der über Lautsprecher von der benachbarten Moschee in mein Ohr drang. Ich hatte mich längst daran gewöhnt. Früher war sie mal eine Kirche gewesen, aber sie war schon vor vielen Jahren zur Moschee umfunktioniert worden, nachdem es der islamischen Gemeinde in unserem Viertel, in ihrer alten Moschee zu eng wurde. Die wenigen verbliebenen Christen hatten keinen Einspruch gewagt. Der vor Jahren eingebürgerte Bürgermeister meinte, es sei längst an der Zeit, der einzig wahren Religion mehr Platz zu schaffen.

Die wenigen Schweizer die noch in unserer Gegend wohnen, schicken ihre Kinder alle in die Koranschule, damit sie es leichter haben sich zu integrieren. In den Schulen wird in Türkisch unterrichtet, auch in Jugoslawisch oder Arabisch, je nach der Mehrheit. Die wenigen Schweizer Kinder müssen sich eben anpassen; Kinder haben ja wenig Mühe mit dem Erlernen von Fremdsprachen.

Alex, unser 10-jähriger, spricht zu Hause meist gebrochen Deutsch, fällt aber immer wieder ins türkische; da wir das nicht können, schämen wir uns. Alex ist das einzige Kind mit Schweizer Eltern in seiner Klasse, er versucht sich so gut er kann anzupassen.

Ich will die Nachrichten im Radio einschalten, finde aber erst nach langem Suchen einen deutschsprachigen Sender. Seit die Frequenzen nach dem Bevölkerungsanteil vergeben werden, müssen wir uns eben umstellen. Der Sprecher sagt, dass auf Druck der fundamentalistischen «Partei des einzig richtigen Weges» im Bundeshaus ein Kopftuchzwang für alle Frauen eingeführt wird. Meine Frau trägt auch eins, um weniger aufzufallen; sie wird jetzt nicht mehr sofort als Schweizerin erkannt und freundlicher behandelt. Ausserdem soll auf einstimmigen Beschluss ein «Tag der Schweizer Schande» eingeführt werden, der an die Intoleranz der Schweizer erinnern soll, insbesondere an die Ausländerfeindlichkeit.

Ich sehe aus dem Fenster auf die Strasse. Die Barrikaden sind noch nicht weggeräumt und rauchen noch; aber die Kehrriechtabfuhr ist schon am Aufräumen. Gestern hatten sich serbische und kroatische Jugendliche in unserer Strasse eine Schlacht geliefert – oder waren es türkische und kurdische? Unsere Scheiben sind diesmal heil geblieben. Meine Frau hat wieder Arbeit gefunden, in einem türkischen Restaurant, als Aushilfe. Da Ausländer bei der Arbeitsvergabe vorrangig behandelt werden, ist das ein grosses Glück.

Ich muss nicht mehr zum Arbeitsamt, mein Berater sagt, ich sei als Schweizer nicht mehr vermittelbar und hat mir einen Sprachkurs in Aussicht gestellt. Ich habe natürlich zugestimmt, so eine Chance bekommt man nicht alle Tage.

Mein Vermieter, Herr Y, erwähnte gestern beiläufig, dass er die Wohnung einem seiner Brüder und dessen Familie versprochen habe und wir sollten uns schon mal nach etwas anderem umsehen. Auf meinen schüchternen Einspruch meinte er nur, er habe gute Beziehungen zu den örtlichen Behörden. Nun müssen wir also raus, aber besonders schwer fällt uns der Abschied aus unserer Gemeinde nicht. Wahrscheinlich werden wir, wie viele unserer alten Bekannten und Nachbarn, in die anatolische Steppe auswandern. Die türkische Regierung hat dort allen deutschsprachigen grosszügigerweise ein Stück Land angeboten. Es ist eine Art Reservat für uns, wir wären dort unter uns und könnten unsere Sprache und Kultur pflegen. Diese Idee beschäftigt uns schon lange!

Es lebe die Eidgenossenschaft!

Marianne & Peter Brönnimann, 3175 Flamatt

Schluss mit der Asyl-Misere!

Das Asylwesen ist eine der grössten Dummheiten, welche die Menschheit je begangen hat und immer noch begeht. Personen, die legal aus ihren Herkunftsländern ausgewandert sind, werden fälschlicherweise als «Flüchtlinge» bezeichnet. Die illegale Einwanderung, d.h. der eigentliche Zweck der Flucht erfolgt bevorzugt in Länder, wo ihnen mit minimaler Eigenleistung ein besseres Leben geboten wird. Diese Menschen, die von der Mentalität her nicht zu uns passen und von denen viele nicht für geregelte Arbeit taugen, haben bei uns kaum Pflichten, dafür umso mehr Rechte. Berater, Anwälte, Betreuer, medizinische Versorgung, Lebensunterhalt, Familiennachzug, etc., alles inklusive. Einmal bei uns, gehen sie mitunter in ihre Heimat in die Ferien, dorthin also, wo sie angeblich verfolgt wurden. Auch stellt sich die Frage, warum dubiose internationale Organisationen im Namen der Menschenrechte Druck auf Aufnahmeländer (auch auf die Schweiz) ausüben. Herkunftsländer der «verfolgten» illegalen Migranten werden hingegen kaum je kritisiert. Wer-

den illegale Einwanderer straffällig (was nicht selten vorkommt), ist das für die Asylbefürworter natürlich kein Thema. Oft scheitert die Ausschaffung solcher Täter daran, dass sie untertauchen. Die Härtefallklausel tritt mitunter in Kraft oder ihre Herkunftsländer nehmen sie nicht zurück. Solche Staaten erhalten aber weiterhin von uns Entwicklungshilfe! Warum lassen wir uns solche Zustände aufzwingen? Hilfswerke und sonstige Profiteure bestreiten ihren Lebensunterhalt, indem sie von den staatlichen Hilfsgeldern, die sie verteilen – völlig legal – einen Teil für ihre Löhne, Propaganda und Spesen vereinnahmen. Um ihren Lebensstandard zu halten, suchen und erweitern sie ständig Einnahmequellen. Wenn wir aber nicht afrikanisiert oder balkanisiert werden wollen (Ansätze dazu sind längst vorhanden), ist es höchste Zeit, mit dem Asylunsinn aufzuhören. Proteste der Nutzniesser hin oder her.

Otto Weiersmüller, 8707 Uetikon

Amnesty International – so nicht!

Als langjähriger Gönner von Amnesty International, deren Bemühungen ich mit 1000en von Franken unterstützte, bin ich empört, gehen sie mir jetzt gegen mein eigenes Vaterland los, und dazu noch mit einer verlogenen Extraausgabe. Hätten sie doch wenigstens die schweizerische Bundesverfassung etwas konsultiert, bevor sie diese zur Sau machen. Sie braucht kein neues völkerrechtliches Vorbild – sie hatte es schon immer und kann auf deren Ratschläge von wegen fremden Richtern verzichten. Schon im ersten Bundes-

brief von 1291 hiess es: «... wir wollen bauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen». Selten hat mich eine sicher ursprünglich gutgemeinte Institution derart enttäuscht. Haben sie sich da nicht etwas überschätzt? Bien à vous, aber die Hochachtung muss ich Ihnen versagen. Bitte streichen Sie mich von der Gönnerliste von Amnesty International.

H. G. Scharpf, 8032 Zürich

Wir wollen selber bestimmen!

Unsere Verfassung enthält alle wichtigen Menschenrechte. Trotzdem werden immer öfters internationale Rechte, den unseren, übergeordnet. Wenn wir uns nicht wehren, werden wir bald nicht mehr Bürger in dem Land sein, in welchem man das grösste Mitspracherecht besitzt. Das Sagen haben dann z.B. Leute der UN-Völkerrechts-Kommission, obwohl 1/3 ihrer Mitglieder aus Nationen stammen, welche nicht einmal das zwingende Völkerrecht umsetzen. Die EU, deren Gerichtshof (EMRGH), uns schon verboten hat, mehrfach kriminelle Ausländer auszuschaffen oder abgewiesene Asylbewerber an das Einreiseland zurückzuschicken, wie dies der Schengen-Dublin-Vertrag vorsieht? Die EU, welche sich geweigert hat, die Personenfreizügigkeit neu zu verhandeln, obwohl dies der Vertrag explizit vorsieht, uns dafür aber ein Rahmenabkommen

aufzwingen will, welches für uns noch unabsehbare Konsequenzen hätte. Unsere Selbstbestimmung, unser Initiativrecht und der Schutz unser Löhne, würde auf jeden Fall der Vergangenheit angehören. Mit der aufgezwungenen Unionsbürgerschaft erhielten bei uns alle Zuwanderer aus der EU sofort das aktive und passive Wahlrecht. Unsere Arbeitslosenkasse wäre zuständig für alle Arbeitslosengelder der 300'000 Grenzgänger. Dafür dürfte die Schweiz mit 60-Tönnern befahren werden. Wollen wir unseren Nachkommen einen Staat hinterlassen, in welchem nicht mehr das Volk die höchste Macht im Lande mit unserer einzigartigen direkten Demokratie ist, sondern irgendwelche Funktionäre aus dem Ausland?

Willi Schwarz, 8552 Felben-Wellhausen

Migrationspolitik

Am Feiertag der kleindeutschen Teilvereinigung hatte ich Musse, in Ruhe u.a. «wirklich» die PIKOM-INFO 3/2018 zu lesen, d.h. nicht nur durchzusehen, wie man es meist mit den täglichen Post- und Papierbergen macht.

Ich nutze die Gelegenheit, Ihnen meine Anerkennung auszusprechen, gut gemacht!

In Deutschland sehen wir die Dämmerung für Frau M. kommen. Inzwischen wenden sich schon starke Hintergrundkräfte gegen sie. In US-Zeitungen und in der Springer-Presse (früher dicke Freunde) werden immer mehr Stimmen aus «auserwählten» Kreisen laut, die ihre Dominanz durch die Merkel-sche Massenzuwanderung von Moslems gefährdet sehen ...!



Im Jahr 2050 werden etwa 2,5 Milliarden Menschen in Afrika leben. Über 40 Prozent von ihnen würden auswandern, obwohl genügend Platz vorhanden wäre. Wohin wird es sie wohl ziehen?

Viele Jahre hatten Forderungen nationaler Politik wenig Echo im Volk, aber das beginnt sich zu ändern!

Die Zukunftserwartungen für unsere europäischen Völker sind noch dramatischer geworden als je zuvor. Die Massenzuwanderung in Deutschland, die Geschehnisse in Freiburg, Kandel, Chemnitz, Köthen, Mord, Totschlag, Messerstecherei und Vergewaltigungen spalten in Deutschland das Volk und halten Politik und Öffentlichkeit im Bann.

Wer alle diese Folgen der grenzenlosen Migrationspolitik kleinredet, ist ein Demokrat, wer vor ihnen warnt, gegen sie demonstriert, protestiert, Grenzkontrollen und Abschiebung fordert, ist ein fremdenfeindlicher Nazi. So einfach ist das!!!

Man könnte meinen, in weiten Kreisen des Politik- und Medienbetriebs sei der kollektive Rinderwahn ausgebrochen.

Ähnliches gilt wohl auch in der Schweiz. Gehen wir gemeinsam dagegen vor!

Dipl.Ing. Martin Voigt, D-46049 Oberhausen

Neue Zerwürfnisse zwischen Russland und dem Westen überwinden

Das Ende des Ost-West-Konflikts vor drei Jahrzehnten war Michael Gorbatschows Verdienst. Der 87jährige letzte Präsident der untergegangenen Sowjetunion ruft zu Anstrengungen auf, das neue Zerwürfnis zu überwinden. Der Kalte Krieg ist nicht verschwunden, er hat sich nur in der Intensität geändert, es gelte dafür zu kämpfen, dass es nicht noch mehr Rückschläge gibt.

Politik kümmert sich kaum noch um den Schweizer Mittelstand

Minderheiten und Randgruppen werden mit Milliarden unterstützt, wie Wirtschaftsmigranten aus Eritrea, von denen über drei Viertel vom Steuerzahler leben. Wie konnte es so weit kommen, dass Schweizerinnen und Schweizer frühmorgens aufstehen, zur Arbeit gehen, Kinder erziehen, nebenbei noch pflegebedürftige Eltern versorgen, immer mehr ausgepresst, von der Politik aber verraten werden. Die Eigenverantwortung muss wieder gestärkt werden, die Politik muss sich zuerst um Schweizerinnen und Schweizer kümmern, die Belastung des Bürgers durch Steuern, Gebühren und Abgaben muss gesenkt werden.

Selbstbestimmung bedeutet mehr Bürgernähe

Die Selbstbestimmungs-Initiative ist nicht nur zum Schutz unserer direkten Demokratie, die Initiative bringt auch eine Stärkung des Föderalismus. Internationales Recht soll unsere Freiheit begrenzen, die Zentralisierung hat uns heute schon fest im Griff. Europaweite Vereinheitlichung kann nicht die Lösung sein, es braucht wieder mehr Eigenverantwortung. Das persönliche Umfeld muss wieder mehr Gewicht bekommen, darum JA zur Selbstbestimmungs-Initiative!

Soweit sollte es in der Schweiz nie kommen

Das sozialdemokratisierte Schweden galt lange Zeit als Einwanderungs-Musterland. Bereits 1976 führte dieses als erstes Land der Welt das Wahlrecht für Migranten ein, kostenlose Sprachkurse und medizinische Betreuung, sowie umfassende Sozialhilfe. 40 Jahre nach dem Start durch Olaf Palme stehen die Schweden nun vor einem Scherbenhaufen.

Mit gesundem Menschenverstand müsste klar sein, Sozialstaat und offene Grenzen, eine Unmöglichkeit. Dies sollte der Schweiz nicht passieren. Bereits der Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedmann stellte fest: Man kann einen Sozialstaat haben, man kann auch offene Grenzen haben, aber man kann nicht beides zugleich haben! Schwedens Geschichte sollte uns lernen: Wachsende Arbeitslosigkeit, sinkendes Schulniveau, hoher Immigrantenteil bei Schwerverbrechern, brennende Autos und Tötungsdelikte auf offener Strasse, Gruppenvergewaltigungen, steigende Sexualdelikte, Fehlschlagen der Integrationsbemühungen, etc.

Integrationskosten explodieren

Die massive Zunahme der Kosten geht einher mit dem Hauptharst, den gegen 35'000 Eritreern, wobei ausser den Kosten wenig herauschaut. Zudem hat sich auch hier eine Integrations-Industrie herangebildet, von der viele hervorragend leben. 2013 = 17, 2014 = 84, 2015 = 132, 2016 = 123 und 2017 = 222 Millionen Franken.

Unionsbürgerschaft

Die EU hat die Überwindung nationaler Bürgerrechte eingeleitet, es soll nicht weiter Deutsche, Franzosen, Italiener und andere geben. Vielmehr soll für die Europäer ein einheitliches Unionsbürgerrecht alle nationalen Bürgerrechte ersetzen.

Dublin soll zum Verteilungssystem aller Eingewanderten werden

Wiederum völlig eigenmächtig verkündete die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel: Die Millionen Eingewanderten sollen gleichmässig auf alle dem Schengen-System angeschlossenen Staaten verteilt werden. Es wird vor allem die Schweiz sein, welche die Einwanderungslawinen aufzunehmen haben, denn die Migranten dürfen den Staat aussuchen.

Nach Masseneinwanderung die Masseneinbürgerung

Wurden 1990 noch 8'183 Personen ordentlich oder erleichtert eingebürgert, waren es 2016 bereits 42'974, im Spitzenjahr 2006 sogar 47'670. 1990 bis 2016 sind insgesamt 817'385 Personen eingebürgert und zu bevorzugten «Doppelbürgern» erklärt worden.

China versucht Taiwan weiter zu isolieren

Mit dem zentralamerikanischen Land El Salvador wurden diplomatische Beziehungen vereinbart, was zur Folge hat, dass die Beziehungen zu Taiwan abgebrochen werden müssen. Damit gibt es weltweit nur noch 17 Länder, die den ostasiatischen Inselstaat diplomatisch anerkennen.

UNO-Migrationspakt nicht unterschreiben

Er ist nicht vereinbar mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung und damit der Selbstbestimmung der Schweiz. Der Zugang für Migranten zum Wunschland soll deutlich erleichtert werden. Die Schweiz hat beim Migrationspakt mitverhandelt. Mit dem Pakt sollen sich die UNO-Länder Australien, USA, Israel, Österreich, Ungarn, Polen, Tschechien, Italien, Kroatien, Slowenien, Griechenland, Dänemark, Norwegen, Bulgarien, China, Japan, Südkorea, Kanada, Schweden (Nachbesserung), Niederlande (Nachbesserung) dazu verpflichten, die Migration besser zu handhaben.

In der Türkei werden Menschenrechte mit Füßen getreten

Mit der Wiederwahl im Juni mit einer Verfassungsänderung verfügt Präsident Erdogan weit reichende Vollmachten, in dem er per Dekreten regieren kann. Er verfügt praktisch über diktatorische Machtbefugnisse, kann alle Regimegegner aus dem Weg räumen, Willkürjustiz macht sich breit.

Brüssel hasst die direkte Demokratie mit Volksentscheiden wie die Pest

Dass Bundesbern kapitulieren will und die Demonstrationen der direkten Demokratie hinnehmen will, ist alarmierend. Der Souverän ist gut beraten, am 25. November mit deutlichem JA zur Selbstbestimmungs-Initiative die direkte Demokratie, das Stimmrecht von Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz, zu bestätigen und zu zementieren.

Brief an Frau Bundesrätin Sommaruga

**Brief von Maurus Federspiel, Schriftsteller,
an Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga**

Ich halte Helmut Schmidts Bonmot, dass man zum Arzt gehen sollte, wer Visionen hat, zwar für geistreich, aber im Kern für falsch. Ich hoffe, es geht Ihnen genauso: Magistratinnen und Magistraten sind keine blossen Funktionäre, sondern müssen eine Vision haben, das Bild einer Zukunft, die sie für erstrebenswert halten. In diesem Sinne möchte ich Sie nach Ihrer Vision für die Schweiz fragen:

Wie soll die Schweiz in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren aussehen – im besonderen Hinblick auf die Migrationspolitik, auf die Sie ja als Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements in besonderer Weise Einfluss haben? Dabei werde ich hier skizzieren, was mir an der derzeitigen Entwicklung Sorgen bereitet. Auf den Strassen in meinem Zürcher Quartier höre ich heute mehrheitlich ausländische Sprachen, von denen ich viele nicht einmal erkenne. Ich bin in diesem Quartier aufgewachsen, aber bisweilen fühle ich mich hier jetzt wie ein Fremder. Das ist, gelinde gesagt, irritierend.

Um weit mehr als eine Million Zuwanderer hat sich die Schweizer Bevölkerung allein in den letzten fünfzehn Jahren vermehrt, viele kommen aus dem arabischen Raum, aus Eritrea und Somalia, aus Nord- und Westafrika. Sie treffen auf eine Bevölkerung, die schon stark durchwirkt ist von Angehörigen anderer Kulturkreise. 25% der in der Schweiz dauerhaft Wohnenden, also etwa zwei Millionen Menschen, haben keine schweizerische Staatsbürgerschaft. Es ist eine schon mehrfach von Politikern verwendete, eher herablassende Beschwichtigung, dass Wandel eben das einzige Beständige sei; das ist ebenso richtig wie banal. Aber das Staatswesen legitimiert sich ja gerade dadurch, dass es diesen Wandel in einer möglichst vorteilhaften Weise lenkt. Eine Million, zwei Millionen, das sind grosse Zahlen für ein kleines Land. Sie werden mir zeigen können, dass es keineswegs zu viel ist, sondern dass die gesellschaftliche Ordnung sich damit einem höheren Ideal annähert, zum Besten von allen. Mir zeigt sich dieses Ideal noch nicht; mich befällt angesichts dieser Tendenzen ein Unbehagen.

Die Last der Sozialkosten

Wie verträgt sich diese starke Zuwanderung mit der Einrichtung des Sozialstaats? Stöhnen nicht heute schon viele Gemeinden unter der Last der Aufwendungen für Soziales? Glauben wir, über einen Garantieschein für immerwährenden Reichtum zu verfügen? Und wie lässt sich der Anspruch auf weibliche Emanzipation mit dem Erstarken des Islam vereinbaren? Die Handschlag-Verweigerung gegenüber einer Lehrerin an einer Aargauer Schule ist nur ein unheilvolles Vorzeichen. Was ist mit den vielen jetzt schon verschleierte Frauen? Lässt sich das so einfach als freie individuelle Wahl abtun? Oder ist es vielmehr Ausdruck der Verpflichtung an ein anderes Gesetz?

Ich nehme an, dass auch Ihnen der Schutz der Na-

tur ein Anliegen ist. Bei einem stetigen Zufluss von Menschen muss mehr und mehr an Fläche der Zersiedelung zum Opfer fallen; ein helvetisches Singapur, ein urbaner Moloch von St. Gallen bis Genf mag der Traum technokratischer Städteplaner und der Baulobby sein, aber ich will nicht glauben, dass Ihnen das so erstrebenswert vorkommt. In welcher übergeordneten Synthese werden solche und ähnliche Widersprüche aufgehoben?

Integration ist eine Bringleistung

Integration hat Liebe zur Voraussetzung – Liebe zu einem Land, zu einer Sprache oder Kultur, Liebe zuerst einmal auf Seite des Zugewanderten: Integration ist eine Bringleistung. Wir können zwar Institutionen bereitstellen, aber ob diese auch genutzt werden, darüber können wir nicht bestimmen, den entsprechenden Willen, die Liebesbereitschaft müssen die Zuwanderer selber mobilisieren. Aber bei zunehmender Einwanderung stellt sich die Frage, warum die Migranten das überhaupt sollten. Längst hat sich eine Gemengelage von Enklaven gebildet, deren Angehörige sich mehr oder weniger isoliert von der angestammten schweizerischen Kultur gut eingerichtet haben.

In eigenen Zirkeln

Manche meiner Freunde haben Eltern, die seit fünfzig Jahren hier leben, ohne einen einzigen fehlerfreien deutschen Satz sprechen zu können. Sie bewegen sich in eigenen Zirkeln; in unseren durch-anonymisierten und automatisierten Supermärkten erübrigt sich jeder Austausch; von off. Stellen und in Schulen werden für die Kommunikation Dolmetscher zur Verfügung gestellt. In dieser Frage dürfte der Aufruhr um die Doppeladler-Geste zweier Natifussballer ein Indiz für eine tiefer liegende Problematik bedeuten. Wie in der Schweiz ansässige internationale Grosskonzerne, etwa Glencore oder die UBS, in denen Menschen jedweder Herkunft ganz in ihrer beruflichen Funktion aufgehen – also als Personen bedeutungslos, mithin austauschbar sind –, ist auch die Fussballnationalmannschaft in diesem Sinne heute nichts mehr weiter als ein sportlicher Standort mit dem Schweizer Kreuz als Firmenlogo. Die Stars könnten ebenso gut wie für die Schweiz, auch für die Mannschaft Kosovos, Kolumbiens oder Spaniens spielen, entscheidend für die Wahl sind nur Aufstiegsmöglichkeiten. Hier ist hinzuweisen auf die unheilvolle Allianz der Linken mit dem Wirtschaftsblock. Die Linke scheint Nationen für reaktionäres Teufelswerk zu halten, die es zugunsten der totalen Durchmischung aller Völker, Religionen und Kulturen abzuschaffen gelte; die eher bürgerlich gestimmten Manager und Banker freuen sich über den schwellenlosen Verkehr von Gütern, Geld und Arbeitern, über günstige Produktionsbedingungen im fernen Ausland und über zusätzliche zahlende Verbraucher hier. Ich halte diesen gesichtslosen, globalisierten und materiell übersättigten Mensch, der hier entstehen soll, eher für einen Albtraum.

Alle leben artig und still parallel nebeneinander. Nebeneinander – und eben nicht miteinander.

Die dabei angezielte Einheitsordnung hat natürlich eine totale Atomisierung der Menschen zur Voraussetzung. Schwarz oder weiss, Muslim oder Christ oder Atheist, Angehörige von hundert verschiedenen Sprachen – alle leben artig und still parallel nebeneinander. Nebeneinander – und eben nicht miteinander. Natürlich: Ein gewisses prickelndes Touristen-Feeling ist diesen Verhältnissen nicht abzusprechen; man isst beim Thailänder, unterhält sich beim Public Viewing eines Fussballspiels eine Stunde mit einem Algerier, lässt sich beim Syrer die Haare schneiden. Die Verschiedenheit wird zum Phänomen, über das man geschmeidig hinübersurft, dann zieht man sich wieder in die Trutzburg der eigenen «Community» zurück. Es herrscht die schale pax des Marktplatzes – es herrscht also das Geld als fast einziges noch verbindendes Element. Und die Oberfläche zeigt auch nicht das ganze Bild. Importierte Konflikte müssen vielleicht nicht überschätzt werden, auch wenn ich es stossend finde, dass hierzulande Kurden gegen Türken demonstrieren, dass syrischen Kindern von den Eltern verboten wird, mit syrischen Kindern einer anderen Volksgruppe zu spielen, und eben, dass albanischstämmige Fussballer ihre Ressentiments gegen Serben in die Arena tragen. Unterschätzt ist auch die über mehrere Generationen wirkende Folge von Kriegstraumata; die Brutalisierung von Bandenstreit in London nach der Zuwanderung von Kindersoldaten aus Afrika liefert hier einen Hinweis.

Harmonie als Illusion

Beunruhigender ist die rasante Zunahme von Muslimen durch Migration und Geburt. Ich befürchte für die Schweiz keine islamischen Übernahmeveruche. Was ich tatsächlich befürchte, ist eine Art von oben forciertes Waffenstillstand: Der Staatsschutz wird Moscheen vermehrt kontrollieren, man findet einen mit peniblen Regeln durchgesetzten Kompromiss in Essens- und Bekleidungsfragen (sowohl was die Burka wie auch was kurze Röcke belangt), der öffentliche Raum und das Internet werden nahtlos überwacht, um terroristischen Akten vorzubeugen, Redeverschriften im Sinne der Political Correctness werden weiter verschärft, um in der Kommunikation eine Illusion von süsslicher Harmonie zu erzeugen, die von der Realität immer weiter abweicht. Nun habe ich hier eher pessimistisch vorausgedacht – in einer Linearität, die dem bekannten Geschichtsverlauf nicht entspricht, da sie die schöpferische Wende nicht einbezieht. Schöpferische Wendungen sind nicht naturgegeben, sie einzuleiten, liegt in der Hand von grossen politischen Figuren.

Lassen Sie mich wissen, dass meine Befürchtungen falsch sind, und teilen Sie Ihre positive Vision mit uns.

Kriminalkommissar aD Markus Melzl, Basel, weiss wovon er spricht

Von Tis Hagmann, Büro Ha, 5042 Hirschthal

Im Gegensatz zu Frau Della Valle und Frau Sommaruga. Hier einige Aussagen von ihm: «Das Schengener Informationssystem ist für die Polizeiarbeit im Vergleich mit anderen Fahndungssystemen eher zweitrangig». Geeignete Massnahmen zur Reduktion des Terror-Risikos sind: «Investition in Polizei, Grenzschutz und Armee. Dazu gehört insbesondere ein Grenzschutz, der seinen Namen verdient». Und hier der Hammer: 2017 hat der Nachrichtendienst des Bundes bei 38 Asylbewerbern ein erhebliches Sicherheitsrisiko festgestellt. Das heisst also, dass diese in irgendeiner Form als «terrornah» einzustufen sind. Das Staatssekre-



Bild zvg

tarat für Migration hat dann aber bei 30 (!) von ihnen entschieden, dass sie trotzdem in der Schweiz bleiben dürfen! Ein Skandal. Dafür dürfen nach den vorgesehenen Verschärfungen des Waffengesetzes Schützen nicht mehr über handelsübliche Magazine zum Sturmgewehr verfügen! Früher nannte man das Schwachsinn.

Bald seltene «Deutsche in Deutschland»

Von Dr.iur. Friedrich-Wilhelm Schломann,
D-Königswinter/Bonn

Fast jeder Vierte im heutigen Deutschland wurde ausserhalb der Bundesrepublik geboren. Aufschlussreich und von grosser Wichtigkeit für die weitere Entwicklung ist dabei das Schrumpfen der

«echten» deutschen Bevölkerung um jährlich rund eine halbe Million Menschen. Die jüngere Generation in Deutschland weist mit 38 Prozent einen höheren Migrantenanteil und eine höhere Zuwanderungsquote als im klassischen Einwanderungsland USA auf ...

Impressum

Herausgeber: PIKOM, 5000 Aarau

Telefon: 079 302 10 09 – Fax: 031 981 39 82

Vorstand: alt Grossrat und alt Nationalrat

Thomas Fuchs, Präsident, Bern – Nationalrätin

Sylvia Flückiger, Vizepräsidentin, Schöftland –

Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli –

alt Grossrätin Claudia Gubler-Hofmann, Beinwil

am See – Manuela Kumli, Geschäftsführerin,

Reinach – alt Grossrat Gregor Biffiger, Berikon –

alt Grossrat und Stadtrat Hans-Ulrich Gränicher,

Revisor, Bern – Monika Kammermann,

Revisorin, Bern – Pierre Juchli, Zürich –

Janosch Weyermann, Bern

Homepage: www.pikom.ch

E-Mail: pikom@pikom.ch

PC-Konto: 60-76254-9

Layout: P. Hofstetter, Lurtigen

Erscheint mindestens 4 x jährlich

www.pikom.ch

Spenden in WIR

Sie können Spenden
an PIKOM auch in
WIR tätigen.

Spenden in WIR bitte BA an
PIKOM, 5000 Aarau senden.

PIKOM dankt herzlich für Ihre
Unterstützung.



Ich will Mitglied werden Ich wünsche Infos

Buchbestellung Václav Klaus Völkerwanderung Fr. 20.–

Machen Sie nicht länger die Faust im Sack!

Treten Sie dem PIKOM bei, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der jährliche Beitrag beträgt Fr. 65.–. Sie erhalten einen Einzahlungsschein für den Jahresbeitrag.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Einsenden an: PIKOM, 5000 Aarau - Fax 031 981 39 82

www.pikom.ch

Mitglieder werben und gewinnen!

Wer ein Neumitglied wirbt, nimmt an der Verlosung eines Nachtessens mit einem Vorstandsmitglied nach Wahl teil. Der Gewinner bestimmt das Restaurant. PIKOM übernimmt die Rechnung.

Geworben durch:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____